



WAS  
braucht  
DEMOKRATIE?

**Ansicht**

2:19

**Zur Bedeutung von Demokratie.** Demokratie als Staatsform gerät unter Druck. Ein Heft, wie demokratische Prozesse und Institutionen gestärkt, sozialstaatliche Absicherung gewährleistet und sich Bürger\*innen für das demokratische Gemeinwesen engagieren können.





## Liebe Leserin, lieber Leser,

in ihrer Rede als erste Frau vor einem gewählten Parlament in Deutschland 1919 machte die AWO-Gründerin Marie Juchacz selbstbewusst darauf aufmerksam, welche Rolle in Zukunft die Frauen im politischen Geschehen spielen sollen. Dabei ist sie sich bewusst, was so kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges die entscheidende Grundlage ist: »Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet.« Sie erkennt in zahlreichen sozialpolitischen Handlungsfeldern wichtige Aufgaben zum Erhalt von Demokratie durch demokratische Teilhabe der Menschen.

Hundert Jahre nach dieser Rede sollten wir uns vergewissern, wie bedeutsam eine funktionierende Demokratie für das politische, soziale und gesellschaftliche Miteinander ist; dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Juchacz und ihre Weggefährt\*innen haben das Zerbrechliche eines demokratischen Gemeinwesens nie aus den Augen verloren. Ihnen war immer klar, dass zu politischer Teilhabe auch eine soziale und ökonomische Absicherung der Menschen gehören muss. Die Instabilität der repräsentativen (Weimarer) Demokratie, die ökonomische Entwicklung Ende der 1920-er Jahre, die latente Feindlichkeit gegenüber dem Anderen und Fremden und die ungestillte Sehnsucht nach klaren Antworten und schnellen Lösungen haben dazu beigetragen, die Vorzüge demokratischer und rechtlicher Freiheiten infrage zu stellen.

Mit diesem Heft möchten wir aufzeigen, was Demokratie kann und braucht; wie sie auf Dauer vital bleibt. Ein funktionierender Sozialstaat, eine verantwortungsvolle Ökonomie und eine lebendige Zivilgesellschaft sind dafür unabdingbar. Demokratie braucht alle engagierten Demokratinnen und Demokraten. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre!

Wolfgang Stadler,  
Vorsitzender des Vorstands

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.  
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin  
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599  
info@awo.org · www.awo.org

#### Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553  
awo-ansicht@awo.org

#### Redaktion Brigitte Döcker ·

Mona Finder · Berit Gründer ·  
Peter KuleBa v.i.s.d.P. · Wolfgang Stadler

#### Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer, studio-pingpong.de

#### Fotografie

Titel, S. 10 shutterstock · S. 4, 5, 13, 21:  
AWO Bundesverband · S. 6 Familiennachlass  
(Dieter Hartz), fotolia.de · S. 7 AWO Inter-  
national · S. 12 Ullstein-Bild · S. 14/15 Grafik  
Magdalena Wiegner · S. 17 Me Chuthai ·  
S. 20 Berit Steinkröger · S. 22 Jürgen Bauer

#### Anzeigen

TAG Agentur & Verlag  
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244  
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

#### Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs  
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-  
management nach EMAS DE-155-00126  
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®  
mixed credit – GFA-COC-001787





## KINDER

## 10 Jahre Bündnis Kindergrundsicherung

Zehn Jahre Bündnis Kindergrundsicherung – ein Grund, Bilanz zu ziehen, aber kein Grund zu feiern. Denn: Millionen Kinder in Armut darf es in einem reichen Land wie Deutschland nicht geben. Seit zehn Jahren rückt das Thema zwar zunehmend auf die politische Agenda, Reformbemühungen und ernsthaftere Diskussionen um eine größere Lösung gibt es jedoch bis heute nicht. Die Bündnisforderung nach einer Kindergrundsicherung ist daher aktueller und wichtiger denn je. Der Staat muss für ein gutes Aufwachsen aller Kinder und Jugendlichen Sorge tragen, denn Kinder haben ein Recht auf ein Aufwachsen in sozialer Sicherheit, auf Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Jedes Kind soll die Chance auf eine gute Entwicklung bekommen. Heute stehen 14 Verbände und Organisationen und 13 renommierte Wissenschaftler\*innen für die Schlagkraft des Bündnisses.

➔ Klaus Theißen • Klaus.theissen@awo.org



In Kindertageseinrichtungen wird die Grundlage für das gesellschaftliche Miteinander gelegt.

## KINDER

## Klischeefreie Kitas

Mehr als 50 Einrichtungen, Verbände, Träger, Initiativen, Fach- und Hochschulen, Gewerkschaften sowie Fachmedien haben sich kürzlich zum Bündnis »Klischeefreie Vielfalt in Kitas« zusammengeschlossen. Die AWO setzt sich seit ihrer Gründung vor 100 Jahren mit ihren Grundwerten dafür ein, dass Vielfalt anerkannt und gelebt wird, und unterstützt deshalb die Erklärung des Bündnisses. Umso wichtiger ist es, bereits in den Kitas Vielfalt zu leben. Kinder, Familien und Fachkräfte arbeiten dort miteinander in einem offenen, wertschätzenden und partizipativen Umgang. Die AWO setzt sich in mehreren Projekten mit dem Thema Vielfalt und Heterogenität auseinander. Im Bereich Kita bspw. durch die Projekte Kivobe (»Kindern vorurteilsbewusst begegnen«) und Devi (»Demokratie, das sind wir alle. Vielfalt, das sind wir alle«). Bei Kivobe geht es um die vorurteilsbewusste Überprüfung der eigenen pädagogischen Haltung der Fachkräfte, die den Kindern und Familien gegenüber vorliegt. Vorurteile, Diskriminierungen und Ungleichheiten sollen so ermittelt werden, ein wertschätzender und offener Bildungsort soll gefördert werden. Bei Devi steht die Demokratieförderung und das Vielfaltsbewusstsein in Kindertageseinrichtungen im Vordergrund, Diskriminierungen und Barrieren in Kitas und in der Tagespflege sollen abgebaut werden.

➔ Klaus Theißen • Klaus.theissen@awo.org



## PFLEGE

## Absichern, nicht verunsichern!

74.000 Menschen haben in einer Petition deutlich gemacht, dass der Eigenanteil in der Pflege begrenzt werden muss. Am 24. Juni 2019 wird entschieden, was mit der Petition weiter geschieht. Bis dahin müssen auch die letzten Vorbehalte ausgeräumt werden. Darum sammeln wir Ihre Forderungen und wollen sie vor der Entscheidung dem Bundesgesundheitsministerium übergeben. Damit klar ist: Die Situation von Betroffenen darf nicht länger hingenommen werden!

➔ Steffen Thiele • Tel 030/26309188 • Nicole Kokelski • Tel 030/26309268

➔ Erzählen Sie Ihre Geschichte, lassen Sie uns wissen, was Ihre Forderungen sind, unter [awo.org/eigenanteil-begrenzen](http://awo.org/eigenanteil-begrenzen)



9. SOZIALKONFERENZ IN KÖLN

# AWO im Quartier

Mit der 9. Sozialkonferenz knüpft die AWO an ihre Wurzeln und an ihre 100-jährige Erfahrung an: Sozialraumorientierte Arbeit und Quartiersprojekte leisten vor Ort Hilfe zur Selbsthilfe. In Köln kommen heute über 200 Ehrenamtliche zusammen, um sich zur Quartiersentwicklung und dem Zusammenwirken von hauptamtlichen Dienstleistungen und ehrenamtlichem Engagement auszutauschen. Der Präsident der AWO, Wilhelm Schmidt, erklärt den Anspruch der AWO: »Die Sozialraumperspektive bietet der AWO die Chance und die Möglichkeit, ehrenamtliche Strukturen und professionelle Dienstleistungen Hand in Hand zu erbringen und durch den gemeinsamen Anspruch die Lebensbedingungen und das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern.«

Ziel der AWO-Quartiersarbeit ist es, Menschen zu befähigen, ihre Potenziale zu nutzen, sich zu beteiligen, zu kooperieren und Solidarität zu üben, und dabei niemanden zurückzulassen. »Die AWO möchte vor Ort als auf Augenhöhe helfende, die Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit unterstützende Organisation betrachtet werden«, erklärt der AWO-Präsident. Die AWO kennt sowohl die Lebenssituationen der Menschen als auch die Potenziale des Sozialraums. Der daraus gewonnene quartiersorientierte Ansatz ermöglicht es ihr, innovative und bedarfsgerechte Angebote zu konzipieren. Mit der quartiersbezogenen Arbeit greift die AWO auch die Erkenntnisse des Siebten Altenberichtes aktiv auf. »Für die geforderte Altenhilfeplanung als eine Pflichtaufgabe der Kommune ist die entsprechende Finanzierung zu sichern«, unterstreicht Wilhelm Schmidt abschließend, der selbst als Mitglied der Altenberichtscommission an der Erarbeitung des Berichtes mitgewirkt hat.

Verfolgt interessiert die Diskussionen und Vorträge auf der 9. Sozialkonferenz: Selvi Naidu (Bundesvorstand), Brigitte Döcker (Bundesvorstand), Wolfgang Stadler (Bundesvorsitzender) und Wilhelm Schmidt (AWO-Präsident) (v.l.n.r.).

Die Arbeiterwohlfahrt hat bundesweit bereits an weit über 100 Standorten Quartiersentwicklungsprojekte und sozialräumliche Versorgungskonzepte umgesetzt. Dabei werden die unterschiedlichen Kompetenzen, Ressourcen und Handlungslogiken von Ehren- und Hauptamt genutzt, um sich produktiv zu ergänzen und gegenseitig zu bereichern.

Die AWO hat in den letzten Jahren durch praktische Beispiele erfahren, dass Menschen bereit sind, sich hier mit ihrer Zeit und mit ihren Kompetenzen einzusetzen, dass sie daran interessiert sind, die eigene Nachbarschaft mitzugestalten und sich für das soziale Leben vor Ort zu engagieren, um die Lebensqualität zu verbessern. Die Erfüllung des Wunsches, auch im höheren Alter im eigenen Zuhause zu leben und dabei auf soziale Kontakte wie auch auf Hilfe und Unterstützung zurückgreifen zu können, gelingt umso mehr, je besser haupt- und ehrenamtliche Dienstleistungen und Angebote passgenaue Unterstützung bieten. Zugleich besteht ein Interesse der Menschen an der Nachbarschaft und den Lebensbedingungen im Umfeld.

Ziel der Sozialkonferenz ist es, eine »Kölner Erklärung« zu erarbeiten, die die Stärken des gemeinsamen Handelns von Ehrenamt und Hauptamt Hand in Hand für ein lebendiges Quartier unterstreicht.

➔ Dr. Katrina Pfundt • [Katrina.pfundt@awo.org](mailto:Katrina.pfundt@awo.org)

## ARMUT

## Armutskongress

Neben dem Paritätischen Gesamtverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Nationalen Armutskonferenz war die AWO dieses Jahr Mitveranstalterin des Armutskongresses mit über 500 Teilnehmenden aus Wissenschaft, Sozialverbänden, sozialen Einrichtungen, Medien und Politik. Auf dem Kongress forderte der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler die Verwirklichung von Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen. »Daher ist es wichtig, den politischen Diskurs über Armut und Ungleichheit zu führen und Antworten auf armuts- und verteilungspolitische Herausforderungen zu finden.«

Armut ist eine stetige Herausforderung, der sich die AWO in ihrer täglichen sozialen und politischen Arbeit mit dem Ziel stellt, Armut in all ihren Erscheinungsformen wirkungsvoll zu bekämpfen und für ein selbstbestimmtes und würdiges Leben aller Menschen in einer gerechten und solidarischen Gesellschaft einzutreten.

➔ Valentin Persau • [valentin.persau@awo.org](mailto:valentin.persau@awo.org)

**19%**  
der Menschen in  
Deutschland waren im  
Jahr 2017 von Armut oder  
sozialer Ausgrenzung  
bedroht.

Quelle: destatis, Wiesbaden im Oktober 2018.



## MIGRATION

## Rechtliche Grundsätze infrage gestellt

Die geplanten Maßnahmen des »Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht« setzen vor allem auf Zwang. Für ihre Implementierung bedarf es erheblicher Einschränkungen der Grundrechte. Eine weitreichende Ausweitung der staatlichen Eingriffsbefugnisse zur Freiheitsbeschränkung von ausreisepflichtigen Personen, die Einführung eines neuen Status unterhalb einer Duldung, die Absenkung des Rechtsschutzes und die zu befürchtende Kriminalisierung des Engagements vieler Bürger\*innen sowie zivilgesellschaftlicher Organisationen stellt aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze infrage. Der Gesetzesentwurf scheint also einen Paradigmenwechsel herbeiführen zu wollen, indem er von einer gewissen Freiwilligkeit und Rechtssicherheit für Geflüchtete hin zu einer Politik steuert, die auf Zwang und Sanktionierung setzt. Ein solches Gesetz wird sicher nicht zu der beabsichtigten »Effizienzsteigerung« beitragen, die Anzahl der geordneten Ausreisen und Abschiebungen signifikant erhöhen und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht fördern.

➔ Thomas Hesper • [Thomas.hesper@awo.org](mailto:Thomas.hesper@awo.org)

## HISTORISCHES PORTRÄT

## Minna Todenhagen 1880 – 1950

Minna Todenhagen war Wohlfahrtspflegerin und Wegbereiterin der AWO. Im Zentralorgan des Hauptausschusses, der Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«, publizierte sie zahlreiche Fachartikel zum Thema Jugendwohlfahrtspflege. Sie war Organisatorin der ersten AWO-Lotterie für die Einrichtung »August-Bebel-Heim«, ein Kinderheim in der Sächsischen Schweiz. Weiterhin leitete sie das »Haus Kinderschutz« in Berlin. 1928 gehörte Minna Todenhagen zum Kuratorium der neu eröffneten Wohlfahrtsschule des Hauptausschusses in Berlin. Während der Nazidiktatur engagierte sie sich für Verfolgte, stand deshalb selbst zeitweilig unter Polizeiaufsicht und wurde mehrere Wochen inhaftiert. Nach 1945 engagierte sich Todenhagen u.a. als Berliner Stadtverordnete und Beisitzerin im AWO-Landesvorstand.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO [www.awo-historie.org](http://www.awo-historie.org)





**HELFEN SIE!**

**Zum 100-jährigen AWO-Jubiläum bauen wir unser Engagement in Uganda aus: Unterstützen Sie uns dabei!**

➔ Spendenkonto AWO International e. V.  
Stichwort: »Afrika«  
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00

**AWO INTERNATIONAL**

## Lebensbedingungen in Uganda verbessern

Seit Beginn des Jahres führt AWO International neue Projekte in Uganda durch. Die Mitarbeiter Felix Neuhaus und Frank Roger haben die neuen Partner besucht und können von ersten Erfolgen berichten. In vier Distrikten entstanden seit Januar lokale Spar-, Kredit und Kleinbauernvereine sowie Ernährungs-komitees in Schulen. »Die Mitglieder der ersten Sparvereine zahlen bereits wöchentlich kleine Beträge in ihre gemeinsame Sparkasse ein. Das hilft für Krisenzeiten und bei der Bezahlung der Schulgebühren im neuen Schuljahr«, berichtet Felix Neuhaus. Über die Spargruppen wird auch landwirtschaftliches Wissen, Saatgut und Werkzeug bereitgestellt. Gerade beginnt die Regenzeit, und 250 Familien haben rechtzeitig eigene Hausgärten angelegt. Hier wird besonders nahrhaftes Gemüse angepflanzt. Zusätzlich wurden 10 Schulgärten installiert. Dort werden jetzt Papayas, Mango-bäume sowie Kassa wa und Süßkartoffeln kultiviert.


Viele Geflüchtete aus dem Kongo oder dem Südsudan haben nur eine Mahlzeit pro Tag und können keine Vorräte für die Trockenzeit anlegen. »Um diese Zeit zu überbrücken, haben wir 150 Haushalte in der Hühnerhaltung ausgebildet. Jede Familie bekommt zwei Zuchthennen und einen Hahn. Außerdem haben wir den Bau von Hühnerställen unterstützt, die in der Nacht Schutz vor Wildtieren bieten. Die Familien sind begeistert und wollen im ersten Jahr 30 Hühner züchten, um in der Trockenzeit vom Verkauf von Eiern und Hühnern zu leben. Wir planen, das Hühnerzuchtprogramm auszubauen«, so Felix Neuhaus.

Als Fachverband der Arbeiterwohlfahrt fördert AWO International Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. In enger Zusammenarbeit mit nationalen Nichtregierungsorganisationen setzt sich AWO International dafür ein, dass benachteiligte Menschen ihre Lebensumstände nachhaltig verbessern können.

➔ [mail@awointernational.de](mailto:mail@awointernational.de), [www.awointernational.de](http://www.awointernational.de)

# Demokratie- gefährdungen

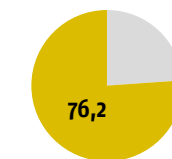
Kaum jemand hat die Entwicklung von Demokratie in Deutschland so genau und langfristig untersucht wie der Soziologe Wilhelm Heitmeyer und seine Kolleg\*innen. Anfang des Jahrtausends wies er bereits auf Gefahren für die Demokratie hin, die sich gegenwärtig als zutreffend und große Herausforderung erweisen: die Entfremdung der Bürger\*innen vom politischen Führungspersonal, das Misstrauen gegenüber dem zu großen Einfluss der Wirtschaft auf politische Prozesse und Entscheidungen oder die starke Einschränkung der Freiheit der Bürger\*innen (etwa durch Sicherheitsgesetze). Verschärft wurde diese Entwicklung durch die Auswirkungen der großen Finanzkrise 2008 und deren wirtschaftliche Folgen. Jene, die sich von der Krise betroffen fühlten, hatten geringes Zutrauen in solidarisches Verhalten mit Schwachen, sahen die Bemühungen um Gerechtigkeit skeptisch und rechnen nicht mehr groß mit Fairness in Krisenzeiten.

Diese Befunde zusammengenommen sind keine gute Mischung, um die Legitimation von Demokratie zu erhöhen und potenziellen Angeboten aus dem antidemokratischen politischen Spektrum angemessene Perspektiven entgegenzuhalten. Gefordert sind unter anderem politische Teilhabeangebote und sozialpolitische Maßnahmen, die ihren Namen auch verdienen. Denn: »Wenn sich der autoritäre Nationalradikalismus nicht von selbst (von innen) zerlegt und zugleich keine gravierenden wirtschaftspolitischen Reformen stattfinden«, so Wilhelm Heitmeyer, »dann liegt die Annahme nahe, dass sich der Höhenflug autoritärer Politikangebote fortsetzen wird.« (2018) 

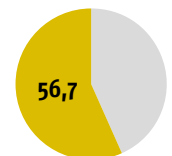
## Kernnormen Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness, 2010

**»Wenn sich der autoritäre Nationalradikalismus nicht von selbst (von innen) zerlegt und zugleich keine gravierenden wirtschaftspolitischen Reformen stattfinden, dann liegt die Annahme nahe, dass sich der Höhenflug autoritärer Politikangebote fortsetzen wird.«**

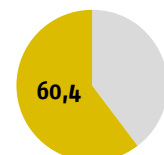
Wilhelm Heitmeyer, Soziologe



Die Bedrohung des Lebensstandards verringert die Solidarität mit Schwachen.



Bemühungen um Gerechtigkeit sind in diesen Zeiten nicht mehr erfolgreich.



In Krisenzeiten kann man nicht mehr mit Fairness durch andere rechnen.



## Zustimmung zu Aussagen über Demokratieentleerung und Demokratiezuwachs.

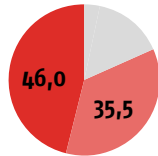


Trifft / Stimme voll und ganz zu

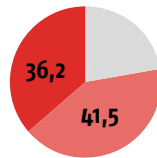


Trifft / Stimme eher zu

### Demokratieermäßigung

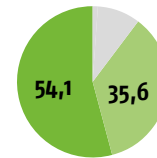


Letztendlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik.

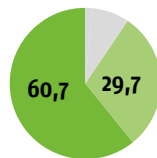


Die schnellen Entscheidungen der Wirtschaft gehen auf Kosten unserer demokratischen Mitbestimmung.

### Demokratiemissachtung durch Eliten

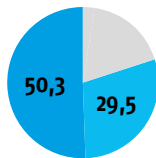


Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.

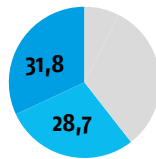


Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.

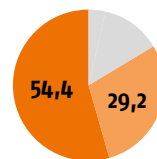
### Demokratievernachlässigung



Gegen soziale Missstände wird in Deutschland zu wenig protestiert.

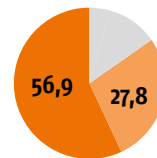


Früher hatten Journalisten mehr Mut, sich mit Politikern anzulegen.

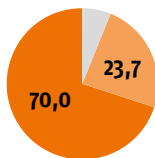


Maßnahmen zur Sicherheit dürfen nicht auf Kosten unserer Freiheit gehen.

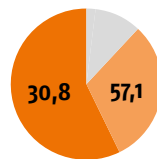
### Demokratiezuwachs



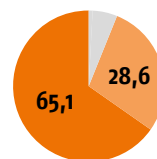
Die Wähler müssten mehr Einspruchsrecht haben, damit Großkonzerne nicht alles machen können.



Politiker sollten auch schon bei kleinen Verstößen gegen demokratische Prinzipien zur Verantwortung gezogen werden.



Die Medienberichterstattung über umstrittene politische Vorhaben müsste verbessert werden.



Die Politiker sollten mehr dafür tun, Zweifel an der Demokratie auszuräumen.

Alle Angaben in Prozent.

Wilhelm Heitmeyer 2018: Autoritäre Versuchungen. Frankfurt/M.

Grafik S. 8: Heitmeyer 2018, S. 99

Grafik S. 9: Heitmeyer 2018, S. 183f.

Zitat: Heitmeyer 2018, Klappentext

DIALOG

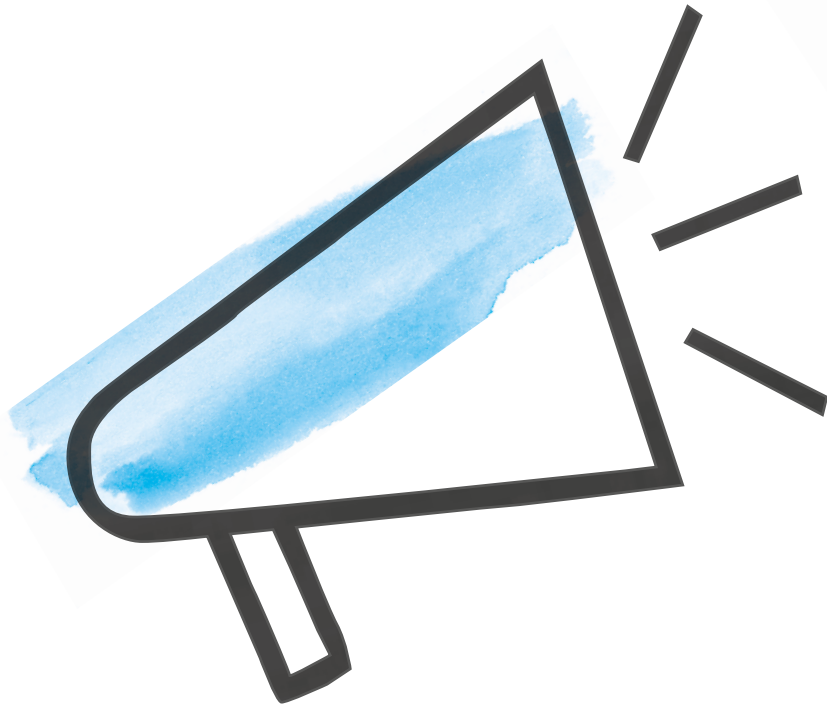
Tolerant

MENSCHLICHE

MIT

OFFEN

Freize



GLEICHHEIT

wahlen

beteiligt

handeln

Zusammenhalt

HEIT

## Zur Bedeutung von Demokratie

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie muss tagtäglich gelernt und von allen Bürger\*innen gelebt werden; sie braucht die ausdrückliche Unterstützung aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Nur so sind radikale und autoritäre Politikvorstellungen im Zaum zu halten und zu verhindern.

# Warum wir Demokratie brauchen

G

kritische

**In der Arbeiterwohlfahrt finden sich von jeher Frauen, Männer und junge Menschen als Mitglieder und als ehren- und hauptamtlich Tätige zusammen, um in der Gesellschaft bei der Bewältigung sozialer Probleme und Aufgaben mitzuwirken und um den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. In Zeiten wie den gegenwärtigen scheint dies wichtiger denn je.**

AUTOR PETER KULEBA

»Die für Generationen kennzeichnende Erwartung steigender Realeinkommen gilt nicht mehr. Zugleich wachsen Spitzeneinkommen, ja überhaupt die oberen zehn Prozent der Einkommen, außerordentlich. Die Einkommensschere öffnet sich, nachdem sie sich jahrzehntelang tendenziell geschlossen hatte. Es entsteht eine neue Kategorie der Superreichen. Ihr Gegenstück ist nicht nur der zunehmend prekäre Mittelstand von Angestellten und Managern, sondern vor allem der Ausschluss einer beträchtlichen Zahl, also die Entstehung einer Unterklasse. Ausschluss bedeutet, dass Menschen keinen Zugang mehr haben zum Arbeitsmarkt, zu relevanten sozialen Prozessen (einschließlich der Supermärkte, der Fußballstadien und dergleichen), zur politischen Teilnahme.« Vor über 20 Jahren machte der Soziologe Ralf Dahrendorf diese Ausführungen, die treffender für die Gegenwart nicht sein könnten. Interessant für unseren Zusammenhang sind die Folgen für die Demokratie. Dahrendorf nimmt an,

**»Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes.«**

Marie Juchacz, Rede in der Weimarer Nationalversammlung, 19. Februar 1919



»dass die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten. Autoritäre Verfassungen aber können dauern; sie sind weder so katastrophenträchtig noch so prekär wie totalitäre Diktaturen. Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.« Nun muss man den Teufel nicht an die Wand malen, aber angesichts politischer Entwicklungen sollte eines klar sein: Der Zusammenhang zwischen ökonomischer und sozialer Absicherung und einem grundlegenden Interesse an Demokratie und politischer Teilhabe ist gegeben. Untersuchungen belegen, dass Menschen in prekären Lebenslagen sich oftmals aus dem repräsentativen System verabschieden; insbesondere durch Wahlenthaltung. Sie haben nicht mehr das Gefühl, einen Adressaten zu finden, der ihre Interessen angemessen im politischen Prozess vertritt; sie sehen keinen Sinn, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.

## Unsicherheiten und Ängste

Es wird in diesem Zusammenhang immer wieder unterschätzt, wie wichtig für Menschen eine einträgliche Erwerbsarbeit einerseits und das Vertrauen in sozialstaatliche Absicherung andererseits sind. Ist beides vakant, sind materielle und psychologische Folgen absehbar. Es entstehen Unsicherheiten, Ängste oder auch Apathie. »Gesellschaftsordnungen, in denen ein günstiger Nährboden für Existenzängste besteht und das Klima von zerstörten Hoffnungen und gebrochenen Lebensperspektiven bestimmt ist«, so der Universalgelehrte Oskar Negt, »produzieren autoritätsgebundenes Mitläufertum und verführen dazu, Ersatzschuldige für die Misere zu suchen.« Gepaart mit menschenfeindlichen Motiven der Betroffenen, sind die Schuldigen bei Geflüchteten, Homosexuellen oder Obdachlosen schnell gefunden. Der Weg, entsprechende Angebote im Parteienspektrum anzunehmen und deren Vertreter\*innen zu wählen, ist dann nicht mehr weit. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer weist seit Jahren unter anderem auf diese Zusammenhänge und deren Folgen für die repräsentative Demokratie hin.

Rechtigkeit

Bürger\*innen

RESPEKT

SOLIDARITÄT

Engagement

Ehrlichkeit

Demokratien sind dann gefährdet, wenn sich die Bürger\*innen nicht engagieren können und wollen. Es kommt aber noch etwas hinzu, und dies ist derzeit etwa in den USA, in Polen oder Ungarn zu beobachten: Wenn demokratisch gewählte Politiker\*innen nach ihrer Wahl beginnen, den Rechtsstaat zu untergraben, das Mindestmaß an politischen Übereinstimmungen (etwa über Verfassungsgrundsätze) ignorieren oder gar verachten, die Freiheit der Medien infrage stellen und die vitale Zivilgesellschaft etwa durch juristische oder finanzielle Drohungen ruhig zu halten versuchen, dann wird es gefährlich für das demokratische Miteinander.

### Demokratische soziale Politik

Es muss daher ein beherztes Eintreten etablierter Parteien, Verbände, Vereine und anderer für eine vitale Demokratie erkennbar werden; muss die sozialstaatliche Sicherung wieder spürbar werden; dürfen zugleich die Freiheitsgewinne in gesellschaftspolitischen Fragen nicht verleugnet werden.

Eine fortlaufende ökonomische Durchdringung des Lebensalltags vieler Menschen führt in die Irre. Es gibt Bereiche, die eben nicht den Postulaten der Privatisierung und »dem Markt« überlassen werden dürfen. Seien es Fragen der gesundheitlichen oder pflegerischen Vorsorge, der Erziehung oder Bildung. Darauf weist auch die AWO immer wieder hin. Hilfe zur Selbsthilfe, Hilfen zur Erziehung, politische Bildung, Familienbildung – um nur einige Punkte zu nennen – sind Angebote der AWO von Beginn an; sie gehören quasi zur DNA des Verbandes. Dies freilich nicht

zum Selbstzweck, sondern mit dem Anspruch, Betroffene in ihrem Dasein als selbstbestimmte Bürger\*innen zu unterstützen oder auch zur politischen Teilhabe zu befähigen.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist dann robust gegen zersetzende Tendenzen, wenn engagierte Bürger\*innen und ihre Interessen ernst genommen und akzeptiert werden. Die Menschen sind vor allem dann bereit, sich an Wahlen zu beteiligen oder freiwillig für soziale Belange der Gemeinschaft zu betätigen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sie für sich einen Sinn erkennen können und spüren, dass sie gebraucht und nicht ausgenutzt werden. Diese Engagementbereitschaft zu fördern, ist bis heute Anspruch der AWO. ❤️

➔ Peter Kuleša • [awo-ansicht@awo.org](mailto:awo-ansicht@awo.org)

Marius Mühlhausen • [marius.muehlhausen@awo.org](mailto:marius.muehlhausen@awo.org)

# AWO mischt sich ein!

Die AWO Sachsen-Anhalt ist aktiv im Bereich der Demokratiebildung, um gemeinsam mit öffentlichen Institutionen, politischen Parteien, anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern einen aktiven Beitrag zur Prävention und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu leisten. Ebenso sollen die Mitarbeitenden der AWO Sachsen-Anhalt in allen Arbeitsbereichen darauf vorbereitet werden, wie Demokratie und Vielfalt gelebt werden kann.

AUTORINNEN DANIELA FERL, MICHELLE TANSINA

»... die AWO kann immer nur so stark sein wie die menschliche Haltung und soziale Gesinnung derjenigen, die mit uns und bei uns arbeiten, also in erster Linie der ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiter.« Das Zitat von Lotte Lemke von 1959 ist auch nach 60 Jahren aktuell und verdeutlicht unser Bekenntnis als AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. zu Vielfalt und Demokratie.

Vor dem Hintergrund unserer eigenen AWO-Geschichte ist es uns ein besonderes Anliegen, die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen wertebezogen zu schulen sowie zu sensibilisieren – 1919 gegründet, 1933 von den Nationalsozialisten verboten, war eine Neugründung in Sachsen-Anhalt erst 57 Jahre später im Jahr 1990 möglich. Seitdem treibt uns eine besondere Form der Erinnerungskultur um – die Aufarbeitung der Geschichte des AWO-Fachkrankenhauses Jerichow, welches zu Zeiten des Nationalsozialismus dem Wahn der menschenverachtenden erbbiologischen und rassistischen Ideologie zum Opfer fiel, ist dabei nur eines von vielen Beispielen.

## Ein Projekt als Bekenntnis zu Vielfalt und Demokratie

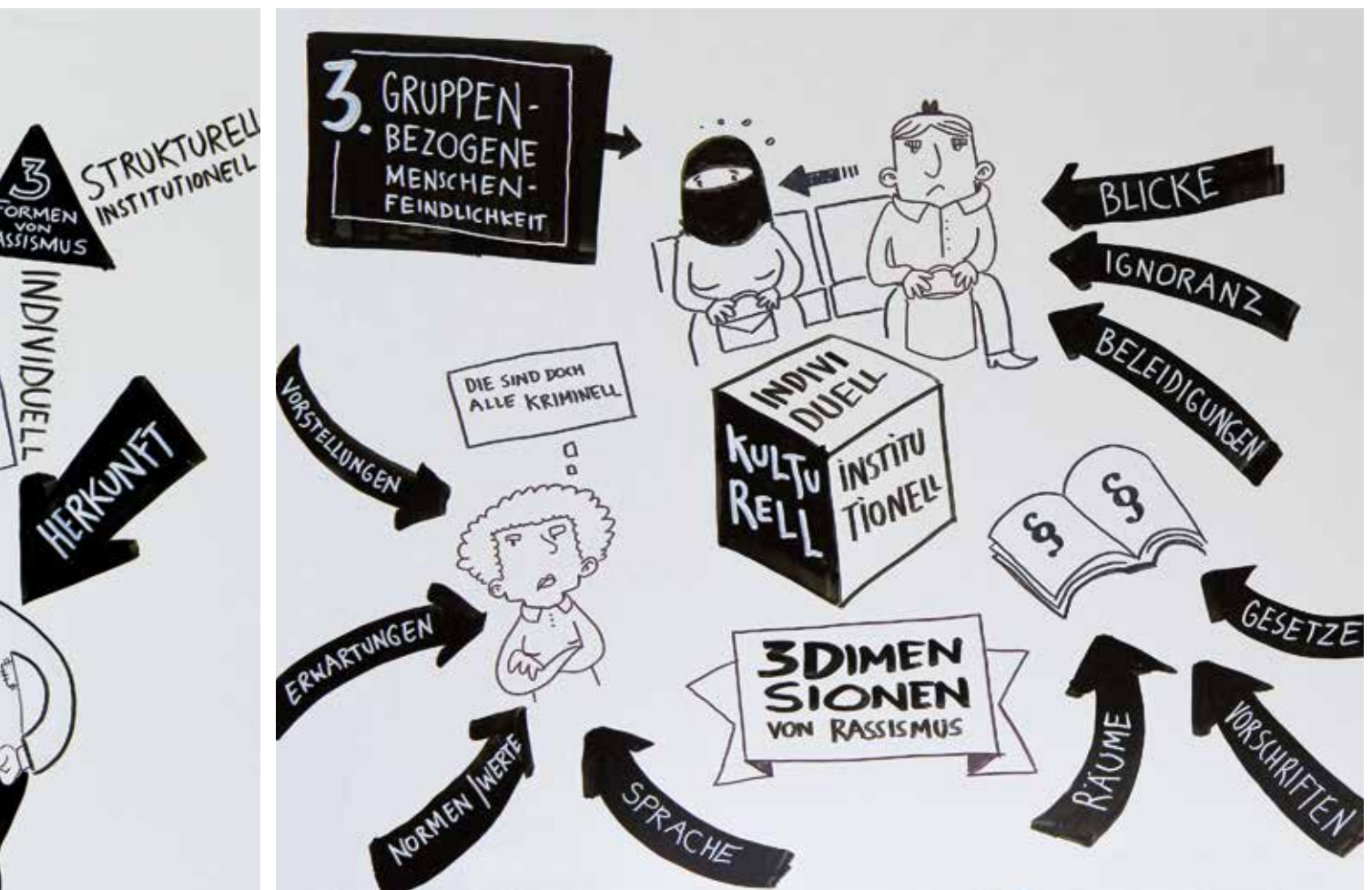
Der AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. hat sich der Herausforderung gestellt, seine Mitglieder und Mitarbeiter\*innen für diversitätssensible Mitwirkungsmöglichkeiten zu aktivieren, zu motivieren und zu bestärken. Die Realisierung erfolgt durch das gleichnamige Projekt »Aktivieren. Motivieren. Bestärken. Demokratie ist, was du draus machst!«, welches im Rahmen des Bundesprogramms



»Unsere Anliegen und AWO-Werte nach innen und außen zu vertreten, ist ein wichtiger Baustein im Wirken der Engagementberater\*innen.«

»Zusammenhalt durch Teilhabe« gefördert und bereits seit 2011 durch den AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. umgesetzt wird. Das Projekt ist darauf ausgerichtet, innerhalb von AWO-Verbandsstrukturen im Regionalraum Sachsen-Anhalt Mitmenschen für Themen der Demokratie, Toleranz und Solidarität zu begeistern, inklusives Engagement zu fördern und Gemeinschaft und Nachbarschaft zu pflegen. Im April dieses Jahres wurde die Ausbildung von 15 weiteren Mitarbeitenden (Engagementberater\*innen) abgeschlossen, die nun innerhalb ihrer Kreis- und Regionalverbände bzw. deren Einrichtungen gezielte Impulse setzen, um Begegnungsmöglichkeiten der Menschen vor Ort zu schaffen und demokratischen Dialog herzustellen.

Unsere Anliegen und AWO-Werte nach innen und außen zu vertreten, ist ein wichtiger Baustein im Wirken der Engagementberater\*innen. Somit beteiligen sie sich zum Beispiel an der Umsetzung



Auf einer Demokratie-Konferenz in Genthin wurden die Ergebnisse anschaulich zusammengefasst.

regionaler Workshops zum Thema »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Argumentieren für Zivilcourage«. Denn wer kennt das nicht: Du sitzt gemütlich in einer Runde zusammen, und plötzlich äußert sich jemand abfällig über Menschen bestimmter sozialer Gruppen (Geflüchtete, Obdachlose ...). Oft genug bleiben wir in solchen Situationen sprachlos zurück oder begeben uns in wütende Auseinandersetzungen, die uns danach noch tagelang beschäftigen. Die Workshopreihe, geplant an fünf Standorten in Sachsen-Anhalt, soll eine kurze Einführung zum erfolgreichen Argumentieren geben und Möglichkeiten des Handelns aktiv ausprobieren.

### Mit-Wirkung vor Ort: Lunch & Learn

Ein weiteres Ergebnis durch die modulare Ausbildung ist die Umsetzung der Themenreihe »Lunch & Learn« des AWO Kreisverbandes Wittenberg e. V.

Lunch & Learn bedeutet, dass es neben einem Mittagssnack für die Teilnehmer\*innen etwas zu lernen gibt. Die drei AWO-Engagementberater\*innen haben für dieses Format einen Vortrag ausgearbeitet, der über die Wurzeln der AWO informiert und danach etwas Zeit zum Austausch und Kennen-

lernen lässt. Während Lunch & Learn sich an die neuen Mitglieder und neuen Mitarbeiter\*innen richtet, gibt es eine Ausweitung des Vortrages unter dem Motto »100 Jahre AWO. Wir machen weiter! Seien Sie dabei!« speziell für die neun Ortsvereine des AWO Kreisverbandes Wittenberg. Aber auch weitere Interessierte sind herzlich eingeladen, die AWO kennenzulernen.

Zum Vortragstag werden die Teilnehmer\*innen durch die Geschichte der AWO geführt, wobei die Vortragenden bei der Gegenwart aufhören und dann gemeinsam mit den Teilnehmer\*innen anhand von Zitaten der Gründerinnen schauen, was das heute noch bedeutet und was es künftig bedeuten kann. Ab diesem Punkt wird es interaktiv und die Teilnehmer\*innen sind dazu aufgefordert zu schauen, mit welchen Ideen sie sich einbringen und ggf. neue Angebote schaffen können, um künftig ruhende oder neue Mitglieder zu erreichen. ❤️

➔ Daniela Ferl • Projektleiterin • AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. • Tel. 0391/9997723  
daniela.ferl@awo-sachsenanhalt.de

# Die Gleichheitsfrage liegt wieder auf dem Tisch

Sascha Kneip vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) beschäftigt sich seit Langem mit Demokratie. Im Interview gibt er Antworten auf die Fragen nach den Grundlagen, Gefährdungen und Zukunftsaussichten von Demokratie.

INTERVIEW PETER KULEBA

## Was ist die ursprüngliche Idee von Demokratie?

**KNEIP** Demokratie im Sinne des Wortursprungs meint zunächst einmal schlicht Volksherrschaft. Und das meint: Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten; darüber (mit) zu bestimmen, wie Gesellschaft aussehen soll; wie Politik aussehen und welche Ergebnisse sie produzieren soll.

## Welche Formen von Demokratie gibt es?

**KNEIP** Es gibt nahezu unendlich viele. Grob würde ich wie folgt unterscheiden: Direkte Demokratie versus repräsentative Demokratie und Mehrheits- versus Konsensdemokratie. Wir können aber auch inhaltlich fragen: Handelt es sich eher um eine klassisch liberale Demokratie, die auf bestimmten liberalen Grundrechten beruht, oder eher um eine soziale Demokratie, die zwar auch liberale Grundrechte kennt, aber den Schwerpunkt eher auf soziale Teilhabe setzt? Wir kennen zudem Vorstellungen von prozeduraler Demokratie – Demokratie also, die sich vor allem über das Verfahren definiert. Soziale Demokratie macht sich eher Gedanken darüber, welche Ergebnisse Demokratie eigentlich produzieren sollte.

## Was sind Mindeststandards von Demokratie?

**KNEIP** Ganz wesentlich sind sicher die folgenden: Haben Bürgerinnen und Bürger formale Rechte, an Demokratie, an demokratischen Verfahren zu partizipieren? Gibt es ein funktionierendes Wahlrecht? Gibt es Meinungsäußerungsfreiheit? Gibt es Demonstrationenfreiheit? Gibt es bürgerliche Abwehrrechte gegenüber dem Staat? Und schließlich: Sind soziale Mindestvoraussetzungen gegeben, die Demokratie erst funktionieren lassen?

## Worin besteht die generelle Bedeutung repräsentativer Demokratie? Was ist der Vorteil gegenüber anderen Demokratieformen?

**KNEIP** Eine grundlegende Idee von Repräsentation ist ja, verschiedene Interessen – etwa in einem Parlament – zu repräsentieren und diese miteinander in Einklang bzw. zum Ausgleich zu bringen. Dieses Ziel der Interessenintegration ist empirisch gerade für heterogene Gesellschaften überaus vorteilhaft. Repräsentative Systeme neigen eher dazu, mehr Interessen der Gesellschaft in die Entscheidungsfindung einzubinden, und können dadurch eine höhere Legitimation für ihre Entscheidung hervorrufen. Das dauert manchmal länger, hat aber nachhaltigere Effekte. Darin besteht ein großer Vorteil von repräsentativen Systemen gegenüber anderen Demokratieformen.

Zivilgesellschaft  
Rechtsstaat  
Meinung  
TEILHAB





## Welche Nachteile gibt es?

**KNEIP** Ein Nachteil ist ein gewisser Effizienzverlust. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass eher konsensorientierte repräsentative Systeme wahrscheinlich längere Phasen brauchen, um zu Entscheidungen zu kommen, als direkt-demokratische oder solche, die stärker mehrheitsorientiert sind.

## Wie bedeutsam ist in repräsentativen Systemen die Wahlbeteiligung?

**KNEIP** Das ist ein alter Streitpunkt in der Wissenschaft. Prinzipiell würde ich sagen: Wenn kaum jemand zur Wahl geht, hat das demokratische System ein großes Problem, weil es offenkundig keine Legitimität für sich beanspruchen kann. Andererseits sind hohe Beteiligungsraten nicht per se ein Ausdruck von funktionierender Demokratie. Eine hohe Beteiligung ist sicher besser als eine niedrige, da sie zeigt, dass Leute sich für Demokratie interessieren. Wichtig ist aber vor allem, warum Bürger nicht zur Wahl gehen. Personen, die mit der Demokratie zufrieden sind, die prodemokratische Einstellungen haben, die zufrieden sind mit dem demokratischen Output – wenn die nicht zur Wahl gehen, ist es für die Demokratie unproblematisch. Problematisch wird es dann, wenn Bürger nicht mehr zur Wahl gehen, weil sie sich abgehängt fühlen; weil sie glauben, dass ihre Interessen nicht mehr repräsentiert werden, und sie sich deshalb vom politischen System abwenden.

## Was sind die langfristigen Folgen von wachsender Wahlenthaltung vor allem jener Menschen, die in prekären Lebensverhältnissen leben, für die Bedeutung von Wahlergebnissen insgesamt?

**KNEIP** Was wir empirisch feststellen, ist, dass wir heute eine stärkere Asymmetrie der Wahlbeteiligung haben als in früheren Zeiten. Die Mittelschichten gehen immer noch zu sehr großen Teilen zur Wahl. Die »unteren« Schichten, die sozial benachteiligten Schichten, tun das deutlich weniger. Werden deren Interessen nicht mehr in gleicher Weise in den politischen Prozess eingespeist, ist das Gleichheitsversprechen der Demokratie infrage gestellt. Diese ungleiche Beteiligung an Demokratie ist dann ein großes Problem. Denn es widerspricht der Grundidee von Demokratie, dass alle Interessen prinzipiell gleich in den politischen Prozess eingespeist werden sollten.

**Es gibt das Problem der Wahlenthaltung aber doch auch, weil es für die Personen offenbar keine Ansprechpartner oder Angebote gibt, um wählen zu gehen. Es ist demnach also auch ein Problem der Parteien und deren Personal, oder?**

**KNEIP** Absolut. Es ist zu großen Teilen ein Angebotsproblem. Ich würde nie sagen, dass es das Problem derjenigen ist, die nicht zur Wahl gehen, sondern es ist vor allem ein Angebotsproblem der politischen Parteien. Wer sich nicht angesprochen fühlt von Wahlprogrammen, der geht auch nicht zur Wahl. Etablierte Parteien etwa sind weniger gut unterscheidbar geworden oder haben lange Zeit dazu geneigt, bestimmte Dinge gar nicht erst zu thematisieren. Wenn dann Akteure auftreten, die das tun, ist zunächst einmal der Effekt, dass bestimmte Teile der Bevölkerung aufhorchen und sagen: Man kann also doch Dinge thematisieren, die bislang nicht thematisiert worden sind.

**Ist angesichts dieser beschriebenen Entwicklung politische Gleichheit als ganz wesentlicher Aspekt für Demokratie auf lange Sicht gefährdet?**



**DR. SASCHA KNEIP**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen« (DSL).

✉ [sascha.kneip@wzb.eu](mailto:sascha.kneip@wzb.eu)

Gewaltenteilung

**KNEIP** Das ist sie auf jeden Fall. Wenn wir uns das derzeit aktuelle Thema Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie anschauen, kann man sich durchaus fragen, ob es derzeit in westlichen Demokratien so etwas wie eine effektive Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger überhaupt gibt. Die Asymmetrien in der sozialökonomischen Gleichheit übertragen sich eben auch in Asymmetrien in der politischen Gleichheit. Und das ist für Demokratie ein Problem. Demokratie wäre langfristig in der Tat gefährdet, wenn es nicht stärker gelingt, die sozialökonomisch benachteiligten Schichten wieder stärker in die Politik einzubinden.

**Sind die immer wieder diskutierten Elemente direkter Demokratie eine Chance, politische Ungleichheiten zu kompensieren oder eher nicht?**

**KNEIP** Empirisch eher nicht, weil wir feststellen, dass die Ungleichheiten bei direkt-demokratischer Beteiligung noch viel größer sind als bei der Wahl repräsentativer Körperschaften. Wenn direkt-demokratisch abgestimmt wird, gehen weniger Leute zu diesen Abstimmungen, und die Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Schichten sind noch größer als bei Parlamentswahlen. Die Hoffnung, dass man damit quasi die »Abgehängten« wieder reinholt, ist eher unbegründet, im Gegenteil.

**Welche weiteren Gefährdungen gibt es?**

**KNEIP** Die Autokraten neuen Typs in Polen, Ungarn oder der Türkei haben gelernt, dass sie drei Dinge beeinflussen müssen: den Rechtsstaat, die Medien und die Zivilgesellschaft. Die Entwicklungen in Polen, wo der Rechtsstaat massiv beschädigt wurde – oder aktuell in Österreich mit Blick auf die Medien –, sind dafür negative Beispiele, die uns Sorgen machen sollten.

**Welche Schutzmechanismen gibt es zum Erhalt der Demokratie?**

**KNEIP** Der erste Schutzmechanismus ist natürlich Rechtsstaatlichkeit. Eine rechtsstaatliche Demokratie, die eine starke Verfassungsordnung ausgebaut hat und die ein Verfassungsgericht besitzt, das funktioniert, sorgt in der Regel dafür, dass bestimmte Einhegungen der Politik stattfinden; dass Politiker nicht machen können, was sie wollen, sondern

sich an rechtsstaatliche und verfassungsrechtliche Normen halten müssen. Diese Normen müssen aber wiederum gesellschaftlich akzeptiert sein und von den Akteuren, die handeln, auch unterstützt werden. Wenn sich relevante Akteure nicht an diese Normen halten, ist es schwer, sie zu stoppen. Diese Normen müssen aber nicht nur von den Eliten, sondern auch von der Zivilgesellschaft geteilt werden. Anders gesagt: Nur dann, wenn Teile der Bevölkerung bereit sind, sich zu engagieren für diese Demokratie, dann sind Eliten gezwungen, sich ebenfalls an die Normen zu halten.

**Abschließend: Wie kann Demokratie so revitalisiert werden, dass die Menschen das Gefühl haben, wieder Einfluss zu haben, der Souverän zu sein?**

**KNEIP** Politik und Gesellschaft müssen sich wieder für die Interessen derjenigen interessieren, die abgehängt sind oder sich abgehängt fühlen. Sie muss Probleme der Bevölkerung ernst nehmen und diese adressieren, ohne ihr nach dem Mund zu reden. Das ist primär Aufgabe der Parteien. Gleichzeitig muss Sozialstaatlichkeit wieder gestärkt werden. Es ist ja nicht nur so, dass Parteien Angebote machen müssen. Sie müssen auch dann, wenn sie in der Regierungsverantwortung sind, die Idee wieder ernst nehmen, dass Gleichheit, Freiheit und Kontrolle drei wesentliche Grundbedingungen von Demokratie sind. Die Freiheitsdimension ist gar nicht so sehr in Gefahr, sehen wir von Polen und Ungarn vielleicht einmal ab. Die Gleichheitsdimension allerdings schon. Das Erfolgsrezept der Demokratie der letzten 20, 30 Jahre war, dass man Grundrechte gestärkt hat; dass man Freiheitsrechte gestärkt hat. Da sind wir sehr weit gekommen. Aber die Gleichheitsfrage liegt wieder auf dem Tisch. Und da haben weder Regierungen noch Parteien bisher ausreichende Antworten gefunden, wie man es gerade im Zeitalter von Globalisierung und neoliberaler Diskurshegemonie schaffen kann, Kapitalismus wieder einzuhegen – wie man es also schaffen kann, Sozialstaatlichkeit zu stärken und damit die effektive Gleichheit von Bürgerinnen und Bürgern wiederherzustellen. ♡

Unters  
Öffentlichkeit PROTE

# Demokratie von Beginn an

**Im Rahmen des bundesweiten Projektes »Demokratie, das sind wir alle. Vielfalt, das sind wir alle« stellt eine AWO-Kita in Penzberg als eine von sieben AWO-Kitas ihre pädagogischen Ansätze und Ziele auf den Prüfstand. Ein erster Einblick in den Kitaalltag.**

AUTORINNEN ANNABELL BAUMANN UND ANJA HARTUNG

Hört man den Begriff »Demokratie«, denkt man zunächst an Politik mit langwierigen Diskussionen, Entscheidungsfindungen und an Erwachsene, die diese Prozesse initiieren. Unsere Gesellschaftsform ist Demokratie und deshalb allgegenwärtig. Für uns Pädagog\*innen gehört es deshalb auch dazu, schon im Kindergarten damit anzufangen, den Kleinsten bewusst zu machen, dass sie eine Stimme haben und ihre Meinung zählt.

Partizipation ist wichtig! Ein Tag im Kindergarten steckt voller Möglichkeiten der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Kinder wollen gefragt, beteiligt und ernst genommen werden. Dabei spielt es keine Rolle, wie alt sie sind oder welche Fähigkeiten sie haben.

Aus diesem Grund hat sich unsere Kindertageseinrichtung schon vor einigen Jahren auf den Weg gemacht, die Bedeutung von Partizipation nach innen und außen zu tragen sowie sie im Alltag zu leben. 2017 stellte sich den Kindern einer Gruppe unseres Hauses die Frage, wo sie in ihrem Alltag das Recht haben mitzubestimmen. Inspiriert von den Fragen der Kinder griffen die Erzieherinnen einer Gruppe dieses Thema auf und entwickelten

daraus gemeinsam mit den Kindern das Projekt »Kinder haben Rechte«. Je intensiver die Kinder sich mit ihren Rechten und den Möglichkeiten zur Mitbestimmung auseinandersetzen, desto klarer wurde ihnen, wie viele Gelegenheiten sie bereits hatten, im Kindergartenalltag mitbestimmen zu können.

Die Begeisterung für dieses Projekt sorgte dafür, dass sich unser gesamtes Team nochmals ausführlich mit dem Thema Partizipation/Mitbestimmung der Kinder in unserer Einrichtung auseinandersetzte. Die Ergebnisse wurden im Konzept unserer Einrichtung schriftlich festgehalten. Ebenso achten wir darauf, die Ergebnisse den Kindern so zu präsentieren, dass diese für sie transparent und nachvollziehbar sind. Zugleich werden dadurch auch ihre Eltern für dieses Thema sensibilisiert.

Je weiter unser Team in dieses Thema eintauchte, umso bewusster wurde uns, wie wichtig die eigene pädagogische Grundhaltung ist. Dazu gehört eine kritische, vorurteilsbewusste Selbstreflexion, ebenso wie das Wissen, dass jedes Kind in seiner Person das Recht auf Mitbestimmung hat. Ein demokratisches Miteinander ist für uns zwingend notwendig, damit die Kinder unserer Einrichtung sich zu eigenständigen Persönlichkeiten entwickeln können. Die daraus resultierende Herausforderung für uns als Pädagog\*innen ist, das »Nein« eines Kindes zu akzeptieren, um dann gemeinsam mit dem Kind Lösungswege zu entwickeln. Dieser für uns positive Prozess ist Motivation, den Kindern einen Raum zu eröffnen, in dem sie lernen, sich eine Meinung zu bilden und diese auch zu äußern.

Wichtig ist es, den Kindern zu vermitteln, dass wir mit vielen unterschiedlichen Meinungen konfrontiert werden können. Dieses frühzeitige Wissen um Vielfalt ermöglicht es den Kindern, sich offen und wertfrei mit ihrer Umwelt zu beschäftigen. So wachsen sie zu weltoffenen und toleranten Menschen heran, die in der Lage sind, einen gemeinsamen Konsens zu finden und die Rechte anderer zu achten. ❤

➔ Annabell Baumann, Stellv. Einrichtungsleitung • AWO-AWOLino-Kindergarten Penzberg • Tel. 08856 / 2420  
kathrin.cardello@kita.awo-obb.de

➔ Jannes Hesterberg, verantwortlich beim AWO Bundesverband e.V. • Tel. 030 / 26309410 • jannes.hesterberg@awo.org

chiede  
ST DEMONSTRATIONS-  
FREIHEIT

# Ein Ort für die Jungen

**Der Kreisverband Bielefeld, der Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe und das Jugendwerk OWL gehen neue Wege bei der Bindung und Gewinnung von jüngeren Mitgliedern.**

AUTORIN BERIT STEINKRÖGER



Gemeinsam werden Aktivitäten und Angebote für AWO-Mitglieder und Externe erdacht, organisiert und durchgeführt.

In Bielefeld hat sich eine ganz besondere neue AWO-Gruppe gegründet: ein Stammtisch für jüngere Mitglieder und Interessierte. Sie finden sich auf Kreisverbandsebene aus allen Bielefelder Ortsvereinen zusammen, um neue Angebote auszuprobieren und innerhalb der AWO einen Ort für sich zu schaffen.

Begonnen hat alles im 2018 gestarteten Verbandsentwicklungsprozess des Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe »Dem Lebenswerk vieler eine Zukunft geben...«. In einer von mehreren Arbeitsgruppen wurden Ideen gesammelt, wie der Übergang aus dem Jugendwerk in die AWO besser gestaltet werden kann. Schnell entstand die Idee, einen Stammtisch beim Kreisverband Bielefeld zu initiieren, um jungen Mitgliedern – gerade auch denen, die zurzeit nicht aktiv sind – innerhalb der ganzen Stadt einen Anlaufpunkt zu bieten.

Zunächst wurde ein Treffen des Landesjugendwerks im September 2018 genutzt, um in einem Workshop mit ehemaligen Jugendwerkler\*innen zu erfahren, wie sie den Übergang in die AWO erlebt haben. Was hat gut funktioniert? Was nicht? Und was hat eventuell gefehlt? Schnell zeigte sich, dass ähnliche Probleme auftreten: Die Angebote der Ortsvereine sind auf eine andere Zielgruppe ausgerichtet und gleichaltrige Personen gibt es selten. Dabei wollten sich viele gern aktiv engagieren, fanden aber keinen Platz für sich.

Der Stammtisch schafft nun – als Pilot zunächst in Bielefeld – diesen Ort. Zum ersten Treffen Anfang November kamen rund 30 Personen, die durch ein Anschreiben und Mundpropaganda informiert worden waren. Die Altersstruktur gestaltete sich von Mitte 20 bis Mitte 50 Jahren, die alle gern etwas Neues ausprobieren wollten. Und das wurde vier Tage später gleich in die Tat umgesetzt: Gemeinsam ging es als Gruppe mit AWO-Fahnen zu einer Kundgebung gegen eine Nazi-Demo in der Bielefelder Innenstadt, um Flagge gegen rechts und für die AWO zu zeigen.

Neben den regelmäßigen Treffen in großer Runde gibt es innerhalb des Stammtisches Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. Die Gruppe »Vielfalt« organisiert derzeit internationale Kochabende, bei denen immer ein Land im Fokus stehen wird. Ausgerichtet in einer Ortsverein-Küche werden durch Aushänge Personen aus dem Quartier angesprochen, die bisher keinen oder wenig Kontakt zur AWO hatten. Zudem wird es in einem anderen Stadtteil einen offenen Frauenabend geben, bei dem sich Frauen jeden Alters über frei gewählte Themen austauschen können. Zum Thema politische Teilhabe plant eine weitere Gruppe Themenabende in einer Bielefelder Kneipe.

Wichtig bei allen Aktivitäten war den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Stammtischs von Anfang an der Austausch untereinander. Dafür sorgt eine digitale Plattform, mit der Dateien, Themen und Infos geteilt werden. Zur besseren Bekanntmachung der Angebote ist zudem eine Facebook-Gruppe in Arbeit. Neben den Angeboten für die Allgemeinheit soll auch das Gemeinschaftsgefühl der Gruppe mithilfe von Kanutouren und Grillabenden gestärkt werden.

Gemeinsam und gliederungsübergreifend neue Dinge zu erproben, scheint ein guter Weg für die Verjüngung der AWO-Mitgliederschaft zu sein. ❤️

➔ Berit Steinkröger • AWO OWL e.V. • Tel. 0521/9216444  
freiwillige@awo-owl.de

# Programmatisch in die Zukunft



**Warum braucht die AWO ein neues Grundsatzprogramm? Antworten des Leiters der Grundsatzkommission Professor Thomas Beyer.**

INTERVIEW PETER KULEBA

**1 Herr Professor Beyer, die AWO erarbeitet derzeit ein neues Grundsatzprogramm, das zum 100. Geburtstag Mitte Dezember verabschiedet werden soll. Warum braucht es ein neues Programm?**

Wenn ein einhundertster Geburtstag nicht Anlass ist, innezuhalten, Positionen zu prüfen und wo nötig weiterzuentwickeln, wann dann? Es zeichnet die Arbeiterwohlfahrt aus, dass wir das Jubiläum nicht nur als gesellschaftliches Ereignis begreifen, sondern als Auftrag zu einer bewussten Überprüfung unserer Standpunkte, sowohl was die Grundlagen der fachlichen Arbeit als auch was unseren Anspruch auf politische Wirksamkeit betrifft.

**2 Was hat den bisherigen Prozess zur Entwicklung und Entstehung des Programms ausgezeichnet?**

Wir haben von Beginn an die innerverbandliche Beteiligung gesucht und, wie ich denke, auch sehr erfolgreich und transparent umgesetzt. Zum anderen haben wir ganz bewusst einen Dialog mit der Fachöffentlichkeit und der Wissenschaft geführt. Der Programmkommission kam dann die Aufgabe zu, die Erkenntnisse aus den Regionalkonferenzen, aus Fachforen und Veranstaltungen sowie der Online-Mitmachaktion in einen stimmigen Gesamtentwurf zu gießen. Am Ende der intensiven und wirklich spannenden Debatte haben wir dem Präsidium einstimmig einen Entwurf für die weitere Diskussion im Verband bis zur Sonderkonferenz im Dezember 2019 vorgelegt.

**3 Wo sehen Sie die zentralen und richtungsweisenden programmatischen Punkte für die Zukunftstauglichkeit eines Wohlfahrtsverbandes wie der AWO?**

Aus meiner Sicht müssen wir weiterhin ernst nehmen, was Marie Juchacz »ihrer« AWO 1919 mit auf den Weg gegeben hat: auch in Zeiten gesellschaftlich, fachlich und politisch sich immer schneller verändernder Rahmenbedingungen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam und glaubwürdig zu vertreten. Das kann nur gelingen, indem wir die Verbindung und Übereinstimmung zwischen der praktischen Sozialen Arbeit, der klaren sozialpolitischen Stellungnahme und der demokratischen Legitimation durch unsere Mitglieder suchen. Als reiner sozialer Dienstleister würde die AWO nicht nur ihre Seele verlieren, sondern letztlich auch die Daseinsberechtigung. ❤



**PROF. DR. IUR. THOMAS BEYER**

ist Landesvorsitzender der AWO in Bayern und Erster Vizepräsident des AWO Bundesverbandes. Er hat eine Professur für Recht in der Sozialen Arbeit an der Technischen Hochschule Nürnberg inne.

➔ [thomas.beyer@th-nuernberg.de](mailto:thomas.beyer@th-nuernberg.de)

Vernunft  
DUNG Anerkennung

# Das Projekt Willy Brandt – Zweiter Teil

**Warum wir mehr soziale Demokratie brauchen:  
Sie ist das Rezept gegen Rechtspopulismus und Nationalismus**

AUTOR HERIBERT PRANTL

Wir sind im Jahr der Jubiläen: 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre 1. Mai, 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre deutsche Einheit. Und das große Projekt des Kanzlers Willy Brandt – »Mehr Demokratie wagen« – wird 50 Jahre alt. Ein halbes Jahrhundert nach Brandts Regierungserklärung ist es Zeit für dessen Neubegründung und Neuauflage. Es gilt wieder, mehr Demokratie, mehr soziale Demokratie zu wagen; in Deutschland und in Europa. Der Sozialstaat ist nämlich kein Luxus, den man sich nur leisten darf, wenn die Wirtschaft gerade brummt, wie das die Konservativen gerade wieder plakatieren. Sozialstaatlichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Demokratie und Gesellschaft eine gute Zukunft haben.

Mehr soziale Demokratie wagen: Es gibt einen überquellenden Reichtum in dieser Gesellschaft; es ist dies aber leider nur der Reichtum von wenigen. Eine verantwortungsbewusste Sozial- und Gesellschaftspolitik muss diesen Reichtum abschöpfen. Nicht die freie Entfaltung des Kapitals ist das Anliegen der bürgerlichen Freiheitsrechte, sondern die freie Entfaltung der Persönlichkeit – der Persönlichkeit jedes Einzelnen. Mit einer klugen und verträglichen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten lässt sich die soziale Grundsicherung aller Bürgerinnen und Bürger finanzieren. So kann es gelingen, für annähernd gleiche Lebensverhältnisse der Menschen zu sorgen.

Umverteilung ist kein sozialistischer Restposten, kein Sozialklimbim, kein Gedöns; es ist ein demokratisches Gebot. Es geht darum, die Menschen in die Lage zu versetzen, Bürger zu sein. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass sich die Menschen trotz Unterschieden in Schicksal, Rang und Talenten auf

gleicher Augenhöhe begegnen. Wenn der Sozialstaat funktioniert, ist er Heimat für die Menschen. Und genau das ist das Rezept gegen den populistischen Extremismus und gegen den neuen Nationalismus. Es geht also darum, den Kapitalismus so zu zähmen, dass er die Demokratie nicht frisst.

Die Sozialstaaten in Europa haben eine Erfolgsgeschichte hinter sich; diese Erfolgsgeschichten sehen in jedem EU-Staat ein wenig anders aus. Sie handeln davon, dass soziale Ungleichheit nicht gottgegeben ist. Ohne eine Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichten wird es keine europäische Einheit geben. Es müssen neue Geschichten geschrieben werden – Aufstiegs geschichten über Kinder mit migrantischen Wurzeln, geboren in Berlin-Neukölln oder in Duisburg-Marxloh, die den Gerhard-Schröder-Weg, den Angela-Merkel-Weg, den Hubertus-Heil-Weg, den Franziska-Giffey-Weg oder den Sahra-Wagenknecht-Pfad gehen, in die Mitte der Gesellschaft – und es bis zur Staatssekretärin, zum Minister oder zur Kanzlerin bringen können.

Demokratie muss mehr sein als ein Urnenritual. Eine Demokratie, die sich nur als Abstimmungsprozedur versteht, ist eine Autokratie, die sich einen demokratischen Mantel übergeworfen hat. Eine gute Demokratie ist eine Wertegemeinschaft. Sie muss die Grundrechte achten; sie muss die Armen aus der Armut führen; sie muss darauf achten, dass ein jeder Bürgerin und Bürger sein kann – sonst ist sie eine Demokratie ohne Wert. Nur eine soziale Demokratie ist eine gute Demokratie! ❤️



PROF. DR. HERIBERT PRANTL

war Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und 25 Jahre lang Leiter der Redaktion Innenpolitik, zuletzt auch Chef des Ressorts Meinung. Seit 1. März ist er ständiger Kolumnist und Autor der SZ. Im Mai ist von ihm eine neue Streitschrift erschienen: »Eigentum verpflichtet. Das unerfüllte Grundgesetz«.

➔ [heribert.prantl@sueddeutsche.de](mailto:heribert.prantl@sueddeutsche.de)

## IM NÄCHSTEN HEFT

### Die AWO international.

Solidarität kennt keine Grenzen. Danach handelt die AWO seit Jahrzehnten. Ein Heft über die Grundlagen und weltweiten Projekte der AWO für ein soziales und friedliches Miteinander.



